

Stellungnahme zum Entwurf Bebauungsplan 40, "Schulstandort Landstrasse"

Ich widerspreche Anlass und Ziel des vorgelegten Entwurfs Bebauungsplan 40.
Ich lehne ihn in allen seinen Teilen ab.

Meine Stellungnahme begründet meinen Widerspruch in Folgendem:

Mit namentlich gefasstem Beschluss zur öffentlichen Auslage des Entwurfs des Bebauungsplanes 40 (BP 40)

wurde die erste Runde bürgerschaftlicher Stellungnahme zum Vorentwurf BP 40 von der Gemeindevertretung abgewogen.

Der Gemeindevertretung lagen m.E. insgesamt verständige, sachbezogene und ablehnend-kritische Stellungnahmen zum Vorentwurf BP 40 vor. Sogenannte partielle Interessen waren hier nicht angeführt, dafür eine grössere Umsicht der Bürger auf das Problem Projekt BP 40.

Der genannte Beschluss der Gemeindevertretung stellte sich m.E. so der geltenden bürgerschaftlichen Stellungnahme entgegen.

Anlass und Ziel der Planung Projekt BP 40 erwachsen erst und vorwiegend wegen gewollten und geförderten Zuzugs und daraus erwarteter Steuereinnahmen. Gemeindevertretung, Bürgermeister und Verwaltung waren sich einig:

Auf 15 000 Einwohner könnte unsere Gemeinde schon bis 2020 anwachsen. Dafür notwendige Infrastruktur sei mittelfristig geplant und finanzierbar. So hiess es Januar 2018 im Fragen-Antworten-Katalog von Bürgermeister und Verwaltung.

Später, nach erneuter Vorschau, wurde Mai 2019 das vorherige Projekt BP 39, Oberschule in Vogelsdorf, mit einem erwartetem Aufwand von vorerst 21 Mio. Euro beschlossen. Eine öffentlich begründete Alternative zum Ausbau der zwei Schulorte war zuvor, als nicht zumutbar für Lehrer -und Schülerschaft, abgelehnt worden.

Infolge besonders vermessener Standortwahl der angestrebten Oberschule in Vogelsdorf wurde alternativ deren neuer Standort Landstrasse bestimmt und seine Prüfung als BP 40 begonnen. Dieser Standort, diese werthaltige Ressource, war vorher bereits, und ohne Not oder Veranlassung des Kreises vom Bürgermeister als möglicher Bauplatz eines Gymnasiums angeboten worden.

Für die nunmehr ebenfalls namentlich bestimmte Planung der Oberschule und deren Bau an der Landstrasse schraubte sich die bisher vorsehbare Investitionssumme auf oberhalb 24 Mio. Euro! In den Stellungnahmen angefragte Auskünfte zu finanziellen und örtlichen Problemen zum Projekt BP40 waren, als nicht zum Regulativ des BP 40 zugehörig, kommentiert worden.

Aber es gelte natürlich der Aspekt der Sparsamkeit beim öffentlichen Mitteleinsatz, betonte die Verwaltung. Einer Verwaltungsvorschrift einfach Genüge getan und so begründete Kritik für nichtig erklärt.

Und befremdlich, dass der Bürgermeister September 2019 öffentlich und am fremden Ort Potsdam, negative Folgen des selbst gewollten hohen Zuzugs, so den Investaufwand über 24 Mio Euro für die Oberschule Landstrasse, oder einen Verkehrsinfarkt der B1 oder der L33 beklagte.

Welche neuen Inhalte erwarten Gemeindevertretung, Bürgermeister und Verwaltung nun in der zweiten Runde zum selben Problem? Denn das zumeist Wichtige ist doch bereits in der ersten Runde geäußert und durch Sie wie oben abgewogen.

Gehen wir zur "Tagesordnung" über:

Die angeführte Situation, verschärft von der Last der Corona-Epidemie, sollte Sie zu neuen Einsichten zum Projekt BP 40 und zu seinem Stopp führen. Ihnen haben die behördlichen und bürgerschaftlichen Stellungnahmen vorgelegen. Diese würden m. E. auch rechtlich einen zu beschliessenden Stopp zum BP 40 stützen.

Besinnen Sie sich auf bereits bekannte, erörterte, dokumentierte, aber vernachlässigte Alternativen, auch einer Aussenbeschulung der Oberschüler. Auch und bevorzugt mittels interkommunaler Kooperation mit unseren Nachbarn.

Bereits vor und zur Sitzung der Gemeindevertretung am 26.9.2019 war eine solche Alternative u.a. von der Fraktion BLG erneut vorgestellt, aber nicht beachtet worden.

Die zurzeit geltenden territorialen Schulbereiche sind nicht ehern, sondern veränderbar!

Unter Einschluss des Kreises wären von Bürgermeister und Verwaltung entsprechende Verhandlungen innerhalb der kommunalen Familie zu führen. Dabei "sässe" unsere neue gesellschaftliche Situation sicher mit am Tisch.

Und unsere Lehrerschaft und Schüler wären zu einer Aussenbeschulung und ihrer Ausstattung zur Speisung und Beförderung zu hören und zu gewinnen.

Mit einem Wegfall des BP 40 würden Ressourcen geschont und mögliche Gefährdungen vermieden.

Die Gemeinde hätte Mittel für nötige altersgerechte Infrastruktur und für die der Allgemeinheit.

Und für die Grundschüler würden die Bedingungen ihrer Beschulung wie erwartet, verbessert werden können. Auch für die durch eine Aussenbeschulung betroffenen Schüler und Lehrer würde die Gemeinde lebenswerter.

Bei gutem Willen und Interessenausgleich der Beteiligten könnte genanntes hohes Ziel möglich sein.

Aktuell und andauernd sollte die Gemeindevertretung ihr Vertrauen in Bürgermeister und Verwaltung prüfen und die ihr zustehende Kontrolle und Sanktion verstärken.

Die Gemeindevertretung verantwortet den Gemeindehaushalt, unser gemeindliches Wohl und Wehe.

Das Gebot jeglicher Stunde muss heissen, die Finanzkraft unserer Gemeinde zu wahren und bisher gewollte oder geplante Projekte zu prüfen.

Wir müssen von weniger Steuereinnahmen ausgehen. Steuererlasse und Steuerstundungen sind bereits angeordnet. Unser Vorzug, entwickelter Gewerbe mit höherer Steuerleistung, mindert sich.

Manche Einwohner werden aussergewöhnliche und neue Belastungen erleiden. Sie sollten Unterstützung erfahren.

Unsere neu hereingebrochene Situation sollte uns mahnen, unsere Vorschau "Perspektive Fredersdorf-Vogelsdorf 2035" zu modellieren. Aber vor allem: Zu beginnen.

Lasst uns unsere Gemeinde abrunden, ihr Gewerbe fördern und ihre natürlichen Schönheiten schützen .

Unsere Gemeindevertreter mögen dabei Initiator sein.!

Peter Bergner
Akazienstrasse 18 a
15370 Fredersdorf-Vogelsdorf